



**Pressemitteilung**

**27.04.2010**

## **Lobbykratie erobert Hannover**

Mit der Berufung der Agrarindustriellen Astrid Grotelüschen haben Ministerpräsident Christian Wulff und seine Mehrheit im Landtag nicht nur der Lobbykratie den Einzug in die Landesregierung ermöglicht, sondern auch dem Tierschutz, der zum Ministerium gehört, einen üblen Tiefschlag versetzt. Die neue Ministerin ist als Mitinhaberin der Ahlhorner Putenbrütereier mitverantwortlich für unbeschreibliches Tierleid. Jährlich werden dort etwa fünf Millionen Puten die Oberschnäbel gekürzt, um sie an die tierfeindliche Engstaufstallung in Massentierställen anzupassen.

Der von der Familie Grotelüschen in zweiter Generation geführte Unternehmenskomplex wurde unter Frau Grotelüschen's Leitung auf Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet. „Als Ministerin wird sie den Spagat zwischen den auf Expansion und Intensivierung der Tierhaltung ausgerichteten Forderungen der Geflügelbarone einerseits und dem in Artikel 20a des Grundgesetzes verankerten Tierschutz andererseits nicht schaffen“, ist sich Eckard Wendt, der Vorsitzende des Tierschutzfachverbands „Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung“ e.V. sicher. Es ist zu befürchten, dass die Rahmenbedingungen für die im mittleren und östlichen Niedersachsen geplanten, großen Geflügelmastställe im Interesse der Geflügelindustrie optimiert werden. Eine solche Landwirtschaftspolitik geht einseitig zu Lasten bäuerlicher Familienbetriebe, denen es nicht um hohe Renditen für das eingesetzte Kapital, sondern um das Überleben ihrer Höfe geht.

Aber auch hinsichtlich des Verbraucherschutzes sieht es düster aus. „Frau Grotelüschen wird die Forderung der Tierschützer ablehnen, auf Fleischprodukten die Haltungsformen und die tatsächlichen Lebensbedingungen ehrlich bekanntzugeben, weil die Branche das ebenso fürchtet wie der Teufel das Weihwasser“, sagt Wendt voraus.

Verfasser: Eckard Wendt: